

23. April 2018

PRESSEMELDUNG 23/2018

Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein mit Bedacht entwickeln Ministerpräsident Günther und das Flüssigerdgas-Terminal in Brunsbüttel

Überschwänglich, geradezu euphorisch berichtet eine Pressemeldung* des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther vom 19. April über dessen Delegationsreise in den Hafen von Rotterdam, wo er sich „über die Chancen und Nutzen eines Flüssigerdgas (LNG)-Terminals“ informierte. Geplant ist, ein derartiges LNG-Terminal auch hier in Schleswig-Holstein, in Brunsbüttel, aufzubauen und damit das erste seiner Art in Deutschland in Betrieb zu nehmen. „Alle zusammen, die Unternehmer aus der Region, der Bürgermeister von Brunsbüttel und die Landesregierung haben in den Gesprächen sehr deutlich gemacht, dass wir großes Interesse an einem LNG-Terminal in Brunsbüttel haben. Das war schon sehr eindrucksvoll“, so ein sichtlich begeisterter Günther.

Dieses Unterfangen, das sowohl den heimischen Wirtschaftsstandort fördert als auch Schleswig-Holstein als innovatives Forschungsland voranbringt, kann durchaus als erfolgsversprechend bezeichnet werden.

Doch auch hier gilt es, nicht allzu blauäugig in einen neuen Energiemarkt einzusteigen, sondern sachlich und abwägend zu agieren. So erklärte Ministerpräsident Günther: „Flüssiggastechnik macht uns auch unabhängiger von russischen Gasimporten. In Bezug auf die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie ist das für uns ein sehr wichtiger Punkt für eine mögliche Ansiedlung.“

Dem ist zuzustimmen, doch gleichzeitig sollte bei der gern ausgeteilten Rußlandschelte ehrlich darüber gesprochen werden, daß die von Günther vorgebrachte „Versorgungssicherheit“ von Flüssigerdgas ebenfalls an ausländische Exporteure gekoppelt ist. Der weltweit größte Produzent von Flüssigerdgas ist Katar, ein Staat, der im Gegensatz zu Rußland weder über ein Parlament noch politische Parteien verfügt, sondern eine absolute Monarchie ist. Vom Willen und den Launen des Herrschers hängt dann auch unsere „Versorgungssicherheit“ ab. Dies sollte man immer vor Augen haben, wenn man von „Versorgungssicherheit“ spricht.

* https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/I/Presse/PI/2018/MP/190418_mp_lng.html